

vom 22.10.2004

JUSTIZ / Stiftung will Übergriffe stoppen

Staatsanwälte im Visier

SAP-Gründer Hopp prangert Willkür an

Eine neue Stiftung will die 'Willkür der Staatsanwälte' stoppen. Geldgeber ist der SAP-Gründer Dietmar Hopp, der selbst unschuldig ins Visier der Ankläger geraten ist.

Rachegeleüste wegen eigener Erfahrungen hätten ihn nicht beschlichen, beteuerte Dietmar Hopp gestern in Mannheim bei der Vorstellung seiner Stiftung Pro Justitia. 2,5 Millionen Euro spendierte der vermögende Hopp, um die Praxis der Staatsanwaltschaften kritisch zu beleuchten. Denn dort, glaubt er, seien 'gravierende Verstöße an der Tagesordnung'.

Nach Hopps Überzeugung neigt die Strafjustiz zu 'völlig ungerechtfertigten Übergriffen'. 2001 seien rund zwei Drittel aller Ermittlungsverfahren in Wirtschaftsstrafsachen 'sang- und klanglos eingestellt' worden. Die Betroffenen seien monatelang unschuldig am Pranger gestanden, 'oft mit schwersten Konsequenzen im Beruf, im Freundes- und Bekanntenkreis und der Familie'. Unternehmen seien pleite gegangen, 'bevor nach ein oder zwei Jahren ein lapidarer Einstellungsbeschluss kam'. Hopp kritisierte 'die Ohnmacht des Bürgers gegenüber übereifrigen Staatsanwälten'.

Die Stiftung hat ein Institut für Rechtsstatsachenforschung gegründet, das anhand von repräsentativen Fällen überprüfen soll, welche Grundrechte 'in wie-

derkehrendem Maße' bei Ermittlungen verletzt wurden. Erste Ergebnisse hätten 'ein alarmierendes Bild' ergeben, in einer 'beachtlichen Anzahl' seien die Grundrechte des Bürgers außer Kraft gesetzt worden. Was die Experten herausfinden, will ein Beirat analysieren, um dem Gesetzgeber Vorschläge zu unterbreiten, wie derartige Eingriffe ausgeschlossen werden können. Dem Gremium gehören der frühere Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Gottfried Mahrenholz, und Ex-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger an.

'Wir mischen uns nicht in Einzelfälle ein', erklärte der Geschäftsführer Alexander Keller, Rechtsanwalt aus Heidelberg. Besonders bei Verfahren gegen Prominente versuchten manche Staatsanwälte, sich zu profilieren: 'Das ist wie bei der Jagd, ein Zwölfender zählt eben mehr als ein Sechsender.'

Was machen einfache Leute?

Hopp war der Untreue verdächtigt worden, weil er nach Ansicht der Staatsanwaltschaft mit Geld einer Stiftung für einen Bekannten gebürgt haben soll. Obwohl er sofort Beweise für seine Un-

schuld vorgelegt habe, seien Räume durchsucht und 'privateste persönliche Papiere' beschlagnahmt worden. Das Landgericht Mannheim sah keinerlei Anfangsverdacht, die Ankläger stellten das Verfahren erst sechs Wochen später ein. Hopp fragte sich, 'was machen Bürger, die sich nicht wehren können wie ich, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen?' Deshalb gründete er die Stiftung, die keine Hilfsorganisation sein will. Hopp erhofft sich davon, dass Betroffene nicht mehr 'vogelfrei bis zur Hauptverhandlung' sind.

Von ersten Reaktionen sieht sich der 64-Jährige bestätigt: 'Offenbar haben wir ein Fenster aufgemacht, durch das noch viel Wind wehen wird.' Jede Form von Rechtsstatsachenforschung, so Justizminister Ulrich Goll (FDP), die den Ablauf von Strafverfahren verbessere, 'begrüßen wir'.